

10. / III. 1917

Wien, 9. März. (Die Ukrainer beim Minister des Aeußern Grafen Czernin.) Am 19. Februar empfing der Minister des Aeußern Graf Czernin eine Abordnung der ukrainischen parlamentarischen Vertretung, an welcher deren Obmann, der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Julian Romanetzul, deren parlamentarische Kommission die Abgeordneten Dr. Petruszewicz, Dr. Eugen Lemicki

und Dr. Trilowski sowie der vom Minister eingeladene Reichsratsabgeordnete Dr. Konstantin Lemicki teilnahmen.

Namens der Vertretung, die zum erstenmal beim Minister zu erscheinen Gelegenheit hatte, beglückwünschte der Führer der Abordnung Vizepräsident Romanetzul den Grafen Czernin zu dessen Berufung in einem für die Monarchie und deren Völker entscheidenden Moment auf einen so schweren und wichtigen Posten, worauf dem Minister ein kurzes Promemoria über die dringenden Forderungen des ukrainischen Volkes überreicht wurde. In der hierüber gepflogenen Aussprache, an der noch der Abgeordnete Dr. Trilowski die Wünsche in bezug auf die ukrainische Regionen kurz bekräftigte, nahm der Minister eine wohlwollende Stellung ein, in der Angelegenheit der von der ukrainischen parlamentarischen Vertretung geforderten unverzüglichen Einberufung der Delegationen und des Reichsrates als deren unbedingten Voraussetzung, wobei er jedoch auf die der Einberufung des Abgeordnetenhauses gemachten Schwierigkeiten hinwies, die das jetzige Ministerium zu beseitigen eifrigst bemüht ist.

Ebenso wohlwollend erörterte der Minister die Forderung nach Befreiung im Austauschwege der nach Rußland verschleppten ukrainischen Patrioten, in erster Linie des Metropolitens Grafen Szeptycki, wie auch in Angelegenheit der zukünftigen Behandlung der aus Wolhynien evakuierten ukrainischen Bauern.

Gingegen lehnte der Minister es ab, sich über die Forderung der Abordnung bezüglich der Sonderstellung Galiziens, gegen deren Durchführung die Abordnung keine Ministerentschiedenste Bewahrung einlegte, ebenso über die Teilung des Landes Galizien und Schaffung eines besonderen reichsunmittelbaren ukrainischen Kronlandes in Oesterreich zu äußern, da die erwähnten Angelegenheiten nach der Ansicht des Ministers nicht in seine Kompetenz fallen.